

Stadtrat Reto Schertenleib (SVP); Fraktionen SVP/FDP und BDP

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, während der laufenden Legislatur

1. die heutige Bewirtschaftungslösung der öffentlichen Parkplätze einer Gesamtanalyse zu unterziehen;
2. daraus abgeleitet Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge zu erarbeiten und;
3. dem Stadtrat einen entsprechenden Entwurf des überarbeiteten Reglements über die Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze vorzulegen.

Den Bedürfnissen und Anliegen der Anwohner/innen, Gewerbebetriebe und Vereinen ist dabei gebührend Rechnung zu tragen.

Begründung:

Im Wissen darum, dass die Parkplatzbewirtschaftung eine komplexe Angelegenheit ist, lässt sich doch feststellen, dass die Situation in Thun besonders kompliziert und unübersichtlich gelöst ist. Es bestehen unzählige Varianten von Parkkarten und -gebühren, was nicht nur die Antragenden, sondern auch die mit der Bearbeitung beauftragten Mitarbeitenden der Stadtverwaltung vor gewisse Herausforderungen stellt. Eine sinnvolle Vereinfachung dürfte also allseits willkommen sein.

Es scheint angebracht, das aktuelle Parkplatzbewirtschaftungsreglement, 12 Jahre nach dessen Inkraftsetzung, grundlegend zu überdenken.

Zwei parlamentarische Vorstösse der jüngeren Vergangenheit (P 03/2014 „Postulat betreffend Einführung einer erweiterten Gewerbeparkkarte (Handwerkerparkkarte)“ und P 8/2014 „Postulat betreffend Perimeter-Erweiterung für Zonenparkkarten“) zeigen auf, dass durchaus Handlungsbedarf besteht. Die darin erwähnten Problematiken müssen im Rahmen der Revision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements miteinbezogen und gelöst werden.

Die in den Quartieren durchgängig (während 24h) auf vier Stunden festgelegten Höchstparkierzeiten erweisen sich als unpraktikabel. Denkbar wäre eine Lösung im Sinne einer Blauen Zone mit Parkscheibenpflicht, welche es erlauben würde, das Fahrzeug auch während der Nacht stehen zu lassen. Dabei sollen die Anwohner- und Gewerbebevorzugung mittels Zonenparkkarte und der Bezug von Tagesbewilligungen nach wie vor Bestand haben.

Dringlichkeit:

wird verlangt ja nein



Thun, 20. August 2015

